Der Anwendungsbereich des TVgG

von Michael Becker, Hauptreferent beim Städte- und
Gemeindebund NRW

Sachlicher Anwendungsbereich des TVgG

Gilt für alle Vergaben i.S.d. § 99 GWB, also

- Bauaufträge,
- Dienstleistungsaufträge
- Lieferaufträge – nach Maßgabe von § 2 Abs. 1 S. 2
sowie
- Dienstleistungsaufträge i.S.v. VO (EG) 1370/2007 – also solche im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (straßen- bzw. schienengebundener ÖPNV)
- Verkehre i.S.v. § 1 FreistellungsVO.

Ausnahmen von der Anwendbarkeit des TVgG:

- Bei gemeinsamer Auftragsvergabe mit Auftraggebern anderer Bundesländer soll versucht werden, dieses Gesetz zur Anwendung zu bringen (§ 2 Abs. 4).
- Wenn ein öffentlicher AG Vergabeverfahren im Namen oder im Auftrag des Bundes oder eines anderen Landes Vergabeverfahren durchführt (§ 2 Abs. 6)

Wichtig:

- Welche konkreten Normen des TVgG hingegen je Vertragstyp zu beachten sind, ist im Einzelfall festzustellen.
 - Für Lieferaufträge gelten nur die §§ 3 und 17 – 19 (§ 2 Abs. 1 S. 2 TVgG)
- Eine Differenzierung nach den sog. EU-Vergabeschwellen findet nicht statt!
- Allerdings gibt es für bestimmte Regelungen des TVgG teilweise unterschiedliche Schwellenwerte (§ 2 Abs. 5). Mehr dazu siehe bei den entsprechenden Ausführungen in den Seminarunterlagen.

Persönlicher Anwendungsbereich (§ 2 Abs. 4)

Das TVgG gilt für öffentliche Auftraggeber in NRW i.S.v. § 98 GWB.

- Erfasst auf kommunaler Ebene u.a.:
 - Kommunen inkl. Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
 - Zweckverbände,
 - Anstalten des öffentlichen Rechts

- juristische Personen des Privatrechts, soweit sie von Kommunen alleine oder zusammen beherrscht werden oder die Kommunen alleine oder zusammen auf die Vorstände, Geschäftsführer oder Aufsichtsorgane einen beherrschenden Einfluss haben.
 - Also die sog. gemeindlichen Töchter wie die GmbH – also z.B. die städtische Erschließungsgesellschaft mbh oder die städtische Wohnungsbaugesellschaft mbh.

Anders gesagt:

- Wer bereits bisher als öffentlicher Auftraggeber dem europäischen Vergaberecht unterworfen war, unterliegt auch den Vorgaben dieses Gesetzes.

Inkrafttreten und Übergangsregelungen

- Das Gesetz tritt am 01.05.2012 in Kraft und ist (ausnahmsweise) unbefristet (§ 22 S. 1).
- Vergabeverfahren, die vor dem 01.05.2012 begonnen wurde, unterliegen diesem Gesetz nicht (§ 22 S. 2).

Verhältnis des TVgG zur VOB/A, VOL/A sowie zur VOF

- Das TVgG verpflichtet nicht zur Anwendung der VOB/A, der VOL/A oder VOF. Diese Pflicht zur bemisst sich oberhalb der Schwelle nach dem GWB i.V.m. VgV und unterhalb der EU-Schwelle nach § 25 GemHVO bzw. § 8 KUV i.V.m. den sog. Vergabeerlassen.
- Eigenbetriebe oder kommunale GmbH's sind nicht zur Anwendung der VOB/VOL unterhalb der Schwellenwerte verpflichtet verpflichtet – sie können also beispielsweise von § 15 Abs. 3 VOB/A (Nachverhandlungsverbot) abweichen! Dabei müssen sie allerdings die inhaltlichen Vorgaben des TVgG – also z.B. das Gleichbehandlungsgebot i.S.v. § 3 Abs. 2 beachten.

- **Aber:**

Soweit sich das TVgG auf bestimmte Vorgaben der VOB/A bzw. VOL/A bezieht (z.B. § 10 Abs. 1 TVgG [„unangemessen niedrige Angebote“] bezgl. § 16 VOB/A bzw. § 16 VOL/A), sind diese (einzelnen) Vorgaben dann entsprechend zu beachten.